Haushalt 87

Am 2. Dezember hat die Gemeindevertretung den Ortshaushalt für 1987 verabschiedet. Die geplanten Einnahmen und Ausgaben belaufen sich auf 21,3 Mio. DM, also auf etwa 1.700 DM je Einwohner. Der größte Einzelposten auf der Einnahmeseite ist mit 6,8 Mio. DM der Anteil der Gemeinde an der Einkommensteuer. Die Gewerbesteuereinnahmen liegen mit erwarteten 1,6 Mio. DM etwas höher als die Erträge aus der Grundsteuer B, die mit etwas mehr als 1 Mio. DM angesetzt wurden. Aufgrund der guten Finanzlage der Gemeinde können die Steuerhebesätze der Grund- und der Gewerbesteuer deutlich unter denen der Stadt Kiel gehalten werden.

Bei den Ausgaben nehmen die Personalkosten mit knapp 1/3 des Verwaltungshaushaltes eine bedeutende Position ein. In Zukunft wird darauf zu achten sein, daß dieser Anteil nicht weiter ansteigt. Sonst wird die politische Gestaltungsfähigkeit zunehmend eingeengt.

Das große Gewicht, das die Gemeinde den Schulen beimißt, zeigt sich an den ca. 4 Mio. DM des Schuletats - immerhin fast 1/5 des Gesamthaushalts. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß ein Teil dieser Haushaltsmittel nach der effektiven Nutzung eher dem Bereich Sport(vereine) zugerechnet hätte werden muß.

Für diesen Bereich - Sport, Erholung, Gesundheit - ist mit 1,4 Mio. DM aber auch ohne diese Zurechnung weiterhin ein bedeutender Betrag eingeplant worden, der den Freizeitwert des Ortes auch im kommenden Jahr noch steigern wird.

Eine weitere wichtige Haushaltsposition ist der Sozialetat mit ca. 1,5 Mio. DM . Hierin enthalten sind unter anderem die Sozialhilfe nach dem BSHG mit 523.000 DM, die Jugendhilfe mit 38.400 DM, die Einrichtungen der Jugendhilfe wie Kindergärten, Kinderspielplätze mit ca. 450.000 DM, sowie die Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe, für die 288.000 DM im Haushalt eingestellt wurden.

Der SPD - Ortsverein Kronshagen lädt ein
zu

Musik und Politik

am Dienstag, den **16. Dezember 1986**
im Bürgerhaus, Eichkoppelweg.

Ab 17.00 Uhr

Austellung:

Politische Plakate

von Klaus Staeck

Ab 19.30 Uhr

Waterside-Jazzband

und Gespräch mit

Heide Simonis

anschließend:

Ab 20,30 Uhr: Versteigerung

von 3 von Staeck handsignierten Plakaten

Die Plakate und Postkarten der Ausstellung werden verlost.

....Schmalzbrote und Bier können gereicht werden.

Impressum: **Kontakte**
Sozialdemokratische Bürgerzeitung Kronshagen
Herausgeber: SPD-Kronshagen
V.i.S.P. Cord P. Lubinski
Elsa-Brändström-Str. 12, T: 54 27 58
Druck: Martin-Druck, Kiel

kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung Kronshagen / Dez. 1986

50 Jahre Ida und Rudi

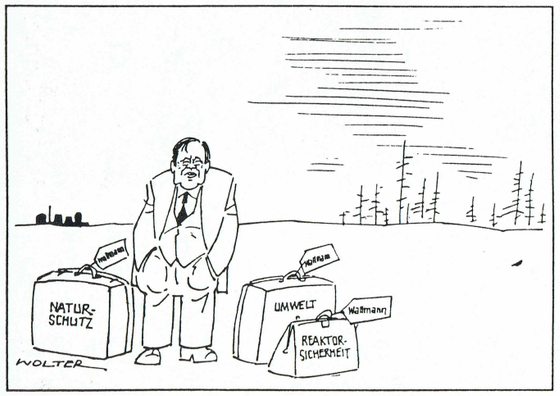
Am 14. November 1986 feierten Ida und Rudi Petersen das Fest der Goldenen Hochzeit.
"Versöhnen statt spalten" könnte als Motto über der Arbeit von Ehrenbürgerin Ida Petersen in der Gemeindevertretung stehen und über der Mitarbeit der beiden in der Arbeiterwohlfahrt und in der SPD. Schon vor dem Krieg zog die junge Familie nach Kronshagen. Anfang des Krieges schon wurde Rudi Petersen Soldat und kam erst 1949 aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Beide haben geholfen, die Gemeinde mitzugestalten, sind für ein menschliches Miteinander eingetreten. Dies brachten auch die Redner beim Empfang im Bürgerhaus zum Ausdruck. Bürgervorsteherin Anke Gravert, der Vorsitzende der SPD Kronshagen, Helmut Huneke, der Vorsitzende der AW, Kreis Rendsburg-Eckernförde, Jürgen Baasch, die Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Kronshagen, Marta Sakmirda, sowie der ehemalige Bürgervorsteher Friedrich Sievers (CDU) und Günther Widulle (SPD) - alle konnten den Schlußworten von Frau Sakmirda wohl zustimmen: "Wir haben Glück gehabt mit Euch". - Die KONTAKTE wünschen für die Zukunft alles Gute! A. Meyer-Delius

KOMMENTAR

Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung Kronshagen im Jahre 1986 liegt hinter uns. Mit der Verabschiedung des Haushaltplanes für das Folgejahr endet das politische Jahr 1986 für die Kommunalpolitiker der Gemeinde. Es ging noch einmal heiß her in der Vertretung. Der vom Finanzausschuß mit den Stimmen der CDU der Gemeindevertretung empfohlene Haushalt wurde im Hauptausschuß nicht mehr bestätigt. Ein seit langem nicht mehr registrierter Vorgang in der Gemeindevertretung Kronshagen. Dollpunkte der Beratung des Haushaltes waren:

1. Die "Not-" bzw. Behelfsschnitzelgrube,
2. die Einrichtung einer Videothek,
3. der Zuschuß zum Bau eines Sportplatze für den Post SV,Kiel und
4. die Bezuschussung der Schularbeitenhilfe.

Insbesondere an der Schularbeitenhilfe entzündete sich eine heiße Diskussion. Hatte man gerade 100.000 DM ohne gesetzliche oder sonstige kommunalpolitische Verpflichtung dem Post SV geschenkt, 120.000 DM ohne nachweisbaren Bedarf der Schulen als verdeckte Förderung des TSVK für die Schnitzelgrube ausgegeben und nicht zuletzt die Einrichtung einer Videothek mit einer ersten Ausgabe von 50.000 DM beschlossen, so wurde bei einem Haushaltsvolumen in Einnahme und Ausgabe von 21 Millionen eine Diskussion über einen Betrag von 2.500 DM ausgelöst, die im krassen Widerspruch zu den Beteuerungen der Mehrheitsfraktion stand, die "Arbeitsmarktoffensive" der Landesregierung zu unterstützen. Durch die fast verwirklichte totale Verweigerung der Bezuschussung der Schularbeitenhilfe wäre beinahe ab 1.4.87 die Möglichkeit der Weiterbeschäftigung einer Lehrerin im Rahmen einer AB-Maßnahme entfallen. Dies wäre eine böse Botschaft in der Vorweihnachtszeit gewesen. Es ist kaum vorstellbar, daß die Mehrheitsfraktion bei einem so kleinen Betrag im Vergleich zum Gesamthaushalt, einen so hinhaltenden Widerstand geleistet hat. War dies alles nur sachlich zu begründen? War hier nur der falsche Wohlfahrtsverband der Träger der Maßnahme? Einer Wortmeldung eines CDU-Gemeindevertreters konnte man dies fast entnehmen. Interessant war in jedem Falle die Feststellung des stellv. Fraktionsvorsitzenden der CDU, daß die Verweigerung der Bezuschussung auch eine "pädagogische Begründung" hätte. Schließlich würde man bei einer Bezuschussung den betroffenen Kronshagener Schulen einen Teil der Verantwortung abnehmen. (Gibt es hier einen Mißstand?)



Die Mehrheit der SPD-Fraktion hat der Bezuschussung eines "Kieler Vereins", dem Bau einer nicht erforderlichen Behelfsschnitzelgrube und der mit hohen Anfangs- und Folgekosten belasteten Einrichtung einer Videothek die Zustimmung nicht geben können. Daß die SPD letztlich dem Gesamthaushalt zugestimmt hat, geschah auch in der durch den Kompromißantrag des CDU-Fraktionsvorsitzenden ausgelösten Hoffnung, daß die Mehrheitsfraktion sich zu Beginn des neuen Jahres dazu durchringt, die Schularbeitenhilfe zu bezuschussen. Eine endgültige Verweigerung hätte fatale Folgen. Ein Arbeitsplatz wäre vernichtet.

Ihnen allen wünsche ich eine gesegnet Weihnacht und ein gutes Jahr 1987.
Ihr

Cord P. Lubinski
Fraktionsvorsitzender

Videothek beschlossen

Beim Thema "öffentliche Videothek" in Kronshagen schieden sich die Geister in allen Fraktionen. Nachdem - offensichtlich als Steckenpferd einiger CDU Gemeindevertreter - die Einrichtung einer Videothek in der Gemeindebücherei im Kulturausschuß beschlossen worden ist, stimmten andere CDU-Vertreter im Finanzausschuß gemeinsam mit der SPD dagegen. In der Gemeindevertretung wurde dann am 2. Dezember wieder grünes Licht gegeben.

Die Bedenken der SPD gingen dahin, daß eine Videothek mit 50.000 DM Anfangskapital und hohen jährlichen Folgekosten angesichts des heute breiten Kabelprogrammangebots und vieler privater Verleiher sehr teuer ist. Insbesondere wenn man berücksichtigt, daß die Mehrzahl der Käufer von Videogeräten eher an leichter und spannender Unterhaltung als an anspruchsvoller Kultur interessiert sind.

Die Entgegnung der CDU klang denn auch eher vorgeschoben: Man erwarte, mit der Videothek neue Lesergruppen in die Bücherei zu locken.Dem hat allerdings die Verwaltung widersprochen. Wie vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Lubinski zitiert, heißt es in der Stellungnahme der Verwaltung "Neue Leserschichten für Bücher werden durch das Videoangebot nicht zu erwarten sein."

Solange die Bücherei noch nicht einmal über den geplanten Sollbestand an Büchern verfügt, gäbe es sicher noch wirksamere Mittel, um die Bücherei attraktiver für neue Leser zu ma-

Pastor Dr. Klaus Onnasch:

8 Jahre Partnerschaft zwischen Uganda und Kronshagen

Die Partnerschaft wurde 1978 durch Samson Nyine begründet, der auf der Flucht vor Idi Amin in Deutschland Asyl gefunden hatte. Es kam zu mehreren Besuchen von Ugandern in Kronshagen, ebenso fuhren Mitglieder der Kronshagener Ugandagruppe z. T. mehrfach nach Uganda. In den persönlichen Begegnungen erkannten wir, daß einseitige Hilfsaktionen nicht ausreichen. Die Probleme in Uganda hängen mit den Problemen bei uns zusammen. Wir können gemeinsam voneinander lernen, die Ugander können auch uns für die Gestaltung unseres Lebens viele Anregungen geben (z. B. Umgang mit der Zeit, Wertschätzung von Familie und Gemeinschaft, Intensität des Lebens, Heilmethoden). In den Begegnungen wurde uns auch deutlich, daß unsere Partner ganz anders sind als wir. Der lange Weg zur Partnerschaft führt auch durch Enttäuschungen hindurch. Werden sie durchgestanden und bewältigt, kann das Verständnis füreinander vertieft werden. Die Partnerschaft blieb nicht auf die Christus-Gemeinde beschränkt. Es entstanden Kontakte von allen Kronshagener Schulen zu ugandischen Schulen, die Brüder-Grimm-Schule, die Realschule sowie die Eichendorffschule bauten sogar kontinuierliche Partnerschaften auf. So tauschten Schüler aus Kronshagen und Unganda Briefe und Bilder zu bestimmten Themen (meine Familie, meine Hobbies, meine Vorstellungen von der Zukunft) miteinander aus. Geduld brauchte es, wenn die Rückantwort aus Uganda wegen der schwierigen Verhältnisse dort oft sehr lange auf sich warten ließ. Was wurde in solcher Partnerschaft erreicht - in Uganda und bei uns?

Die Partner in Uganda haben mit Unterstützung der Kronshagener ein Zentrum für ländliche Entwicklung aufgebaut, das für die ganze Diözese West Ankole (ein Gebiet von der Größe Schleswig-Holsteins) als Tagungsstätte und Experimentierfeld dient. Die Ugander errichteten dort 7 Hütten, gemeinsam bauten wir einen Brunnen mit Filteranlage, der die ganze Umgebung mit reinem Wasser versorgt; weiterhin wurde mit Mitteln des Kirchenkreises Kiel und der Nordelbischen Kirche eine Werkstatt errichtet. Dort sollen jetzt Wasserfilter für Brunnen hergestellt und Ochsenpflüge geschmiedet werden.

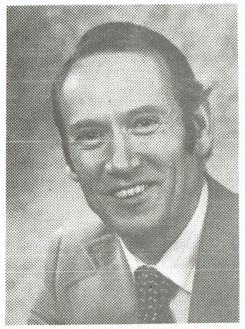
Mit Hilfe eines Spinnrades lernen es die Ugander, selbst für ihre Kleidung zu sorgen, 20 Schafe wurden jetzt für dieses Zentrum angeschafft. Besonders aktiv ist die Frauengruppe, die bereits mit dem Töpfern begonnen hat, Gärten mit neuen Pflanzen (Soja-Bohnen, Tomaten, Zwiebel, usw.) angelegt hat, sich mit gesünderer Kinderernährung beschäftigt und alternative Küchen entwickelt.

Nyine wurde Koordinator diese Zentrums. Er betont, daß die Entwicklung langsam laufen muß, damit sie dort wirklich von der Bevölkerung getragen wird und Fehler vermieden werden.
Und was geschieht bei uns in Kronshagen?

Die Ugandagruppe hat sich in letzter Zeit besonders mit Heilmethoden in Afrika und bei uns beschäftigt. In der afrikanischen Tradition gilt Krankheit als Zeichen für Störung im Lebensrhythmus, in der Gemeinschaft und auch in der Beziehung zu Gott. An der Heilung einer schweren Krankheit wird die ganze Familie, die Nachbarschaft, manchmal auch das ganze Dorf beteiligt. In gemeinsamen Ritualen soll die zerbrochene Ganzheit seelisch und leiblich wieder hergestellt werden. Die Mitglieder der Kronshagener Ugandagruppe fragen danach: Wie können wir bei uns dazu beitragen, daß Kranke nicht isoliert werden (mehr Gespräche und Besuche, mehr Verständnis)? Wie kann bei uns der Zusammenhang von Leib und Seele besser wahrgenommen werden?

Bereits jetzt wurde auf Anregung der Gruppe ein "Gesundheitstraining" mit 15 Teilnehmern unter Anleitung des Dipl. Psych. K.-D. Dörfer durchgeführt.

Übrigens: Die Ungandagruppe trifft sich jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr im Haus der Jugend, Heischberg 9. Jede(r) Interessierte ist zur Mitarbeit herzlich eingeladen.



"Musik wird störend oft empfunden, dieweil sie mit Geräusch verbunden." So oder ähnlich sagte es schon Wilhelm Busch in seinen Versen. Musik, in einer heute verbreiteten Stilrichtung, ist nur eine der Geräuschquellen, die den einen erfreut und den anderen ärgert.

Der Sound aus dem Auspuff eines Motorrades mag für den Besitzer Musik in seinen Ohren sein, für die Straßenanwohner kann er zu einer argen Belästigung führen.
Viele Mitbürger sind ständiger Geräuschbelästigung ausgesetzt. Ich hoffe, kein Anwohner verlangt, daß die Schulpausen abgeschafft werden, weil Kinder nach einer Stunde Stillsitzen darin eine ziemliche Geräuschkulisse verursachen. Auch das Fahrgeräusch der Eisenbahn ist sicher lästig, aber nur kurzzeitig und als Uhren-Ersatz sogar nützlich.

Verglichen mit dem Verkehrslärm an der B 76 und ähnlichen Straßen, könnte man die Belästigung durch gelegentliche Veranstaltungen auf dem Sportplatzgelände als zumutbaren Lärm einstufen. Die Frage ist nur: Wie oft und wie lange dürfen solche Veranstaltungen stattfinden und wie laut dürfen sie sein?

Aufgrund der Beschwerden einiger Einwohner hat die Gemeindevertretung eine Lärmmessung in Auftrag gegeben. Erste Ergebnisse liegen vor und werden in den Ausschüssen beraten. Soviel kann schon jetzt gesagt werden: Es wird teuer, die Ausbreitung des Lärms zu verhindern. Und die dazu nötigen Lärmschutzwände werden unser Ortsbild nicht verschönern.

Einfacher ist es schon, Lärm (was auch immer der Einzelne darunter versteht) in der Entstehung zu verhindern. Wo aber liegt der vertretbare Kompromiß zwischen dem Wunsch des einen, ein Fest mit Musik zu umrahmen, und dem der anderen nach ungestörter Ruhe?

Ich wäre den Lesern dankbar, wenn sie mit ein paar Zeilen ihre Meinung kundtun und damit meiner Fraktion eine Entscheidungshilfe geben würden.

Theodor Sakmirda

kontakte-Interview mit Heide Simonis

Für die Kronshagener Bürger haben die "Kontakte" Mitarbeiter ein Gespräch mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Heide Simonis geführt und ihr einige Fragen zur aktuellen Politik gestellt.

Eine Frage zur Beschäftigungspolitik. Wir im Norden haben große Probleme mit den Werften, was wird die SPD tun?

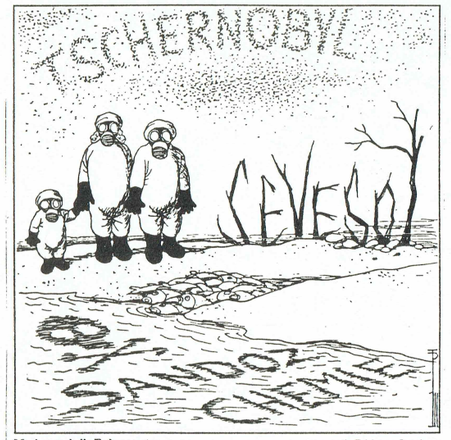
Wir müsen allen Beteiligten klarmachen, daß Schiffbau in der alten Höhe auf Dauer nicht möglich ist. Wir lehnen jedoch den Abbau von 10 000 Arbeitsplätzen ab. Allein in Rendsburg würde die Arbeitslosigkeit auf über 20 % steigen. Kurzfristig fordern wir die Streckung vorhandener Aufträge sowie zukunftsorientierte Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Mittelfristig fordern wir mit der IG-Metall die Erhöhung der kommunalen Investitionen in der Küstenregion und ein norddeutsches Investitionsprogramm in Höhe von 8 Mill.DM für die nächsten 5 Jahre. Langfristig muß auf den Werften umstrukturiert werden: es müssen Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden.

Und die Jugendarbeitslosigkeit ?

Hier hat die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Finanzkraft der Kommunen mit 1,5 Mrd.DM Bundesmittel erhöhen soll, damit diese für kommunale Aufgaben bevorzugt Jugendliche einstellen können. Bei der Jugendarbeitslosigkeit wie bei der allgemeinen Arbeitslosigkeit gilt jedoch, daß wir weiterreichende Maßnahmen in Angriff nehmen müssen. Daher wollen wir mit unserem Projekt "Arbeit und Umwelt" dringliche Umweltaufgaben z.B. Altlastensanierung bewältigen und die Massenarbeitslosigkeit überwinden. Nach seriösen Berechnungen können 400 000 Menschen direkt eine Beschäftigung finden, wenn dieses Programm in Kraft tritt.

Die Konservativen werfen der SPD vor, mit solchen Programmen die alte Schuldenwirtschaft zu betreiben.

Zunächst mal muß mit einer Legende aufgeräumt werden: Seit der Vorlage des Haushaltsentwurfs 1987 wissen wir, daß der Bundesfinanzminister innerhalb der letzten fünf Jahre neue Schulden in Höhe von 130 Mrd.DM aufgenommen hat. Hinzu kommen 55 Mrd. DM Bundesbankgewinne. Diesem Rekorddefizit von 185 Mrd. DM stehen 166 Mrd.DM aus den Jahren 1978 - 1982 (also der Regierungszeit von Helmut Schmidt) gegenüber. Außerdem hat der Finanzminister weitere 4,5 Mrd.DM kassiert, indem er Volksvermögen (VW und VEBA) verscherbelt.
Die Bundesbankgewinne sind übrigens Ergebnis der guten Polster, die Helmut Schmidt angelegt hat. Außerdem versucht Stoltenberg durch Verlagern von Kosten auf die Gemeinden , deren Sozialhilfeposten in astronomische Höhen anschwellen, seine Schuldenpolitik zu verschleiern. Die SPD sagt, wer jährlich 55 Mrd. DM für Arbeitslosigkeit ausgibt und außerdem ein Rekorddefizit von 185 Mrd.DM zu verantworten hat, sollte in seinem Glashaus nicht mit Steinen werfen. Wir haben Programme vorgelegt, wo durch die Belastung Gutverdienender und durch einen Umweltabgabepfennig Arbeit bezahlt werden kann. Außerdem: wir versprechen nicht 45 Mrd.DM für weitere Steuersenkungen an Reiche, sondern wollen dieses Geld für ein Beschäftigungsprogramm ausgeben. Wir glauben, daß die Kommunen an Stelle der Sozialhilfe lieber Investitionen bezahlen sollen. Wir würden nicht zulassen, daß die Bundesanstalt für Arbeit fast 6 Mrd.DM jährlich in der Kasse behält und nicht für Beschäftigungsmaßnahmen ausgibt.



Machet euch die Erde untertan

ötv-magazin-Zeichnung: Peter Leger

Wir möchten gerne noch ein bißchen zur Sozialpolitik fragen. Können Sie uns ein paar besonders gravierende Beispiele nennen, wo von unten nach oben umverteilt wurde?

Ja, wir wissen, daß die Gewinnsituation der deutschen Unternehmen noch nie so gut war wie jetzt, u.a. weil die Regierung mit riesigen Steuergeschenken die Gewinne noch dicker gemacht hat. Wir wissen, daß es den Reichen und den Gutverdienenden besser geht, aber die Renten wurden gekürzt, Mutterschaftsgeld gekappt, Bafög wurde gestrichen, Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit kassiert. Ein besonders mieses Beispiel ist die Behandlung der Trümmerfrauen beim Babyjahr. Hier wird offensichtlich spekuliert, daß Frauen die vor 1921 geboren sind und den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands mit erschuftet haben, zu alt sind, sich dagegen zu wehren, daß ihre Leistung bei der Erziehung ihrer Kinder nicht in der Rente angerechnet wird.

Viele Bürger sind nach Tschernobyl und den vielen Chemieunfällen besorgt über die Belastung von Luft und Wasser. Welche Lehren gibt es jetzt zu ziehen?

Tschernobyl hat gezeigt, daß Kernenergie eine Technik ist, bei der kein Mensch jemals versagen darf. Dies hat nichts mit "Ost-"oder Westtechnik" zu tun. Tschernobyl ist auf menschliches Versagen zurückzuführen, das niemand von uns ausschließen kann, und weil wir das nicht können, können wir auch nicht die Verantwortung für die Weiterführung einer Technik übernehmen, bei deren Versagen unvorstellbare Schädigungen von Mensch und Natur eintreten können. Wir glauben, daß der Ausstieg aus der Kernenergie nicht nur notwendig sondern auch machbar ist. Ein Ausstieg aus der Kernenergie bedeutet nicht Massenverelendung und Arbeitslosigkeit, wie es der Bundeskanzler zu erklären versucht, das beweisen auch die beiden Gutachten, die die Regierung in Auftrag gegeben hatte.Was die Chemiekatastrophe anlangt, so liegt das menschliche Versagen hier wohl in den Vorstandsetagen. Ohne schärfere Umweltgesetze und wirksamere Kontrollen ist dieser Art von Umweltkriminalität offenbar kein Ende zu machen. Die Selbstheilungskräfte des Marktes helfen dem todkranken Rhein bisher jedenfalls nicht.

Kontakte wünscht Ihnen trotz des Wahlkampfes eine angenehme Advents- und Weihnachtszeit und für den 25. Januar viel Erfolg, damit Sie unseren Wahlkreis auch weiterhin mit Nachdruck in Bonn vertreten können.

Steuergelder verschleudert

Weiter so, Kronshagen! So könnte, etwas sarkastisch, die Überschrift für 2 Entscheidungen der CDU-Mehrheit im Kronshagener Gemeindeparlament lauten.

Vielleicht ist Ihnen noch die Beratung des Ortsentwicklungsplanes in Erinnerung. Ohne zwingenden Grund wurde in der letzten Sitzung vor der Kommunalwahl (6.3.86) dieser Plan von der CDU-Mehrheit durchgeboxt. Bedenken und Änderungsvorschläge der SPD-Fraktion wurden als Bremsmanöver abgetan. Ausgelöst durch den Protest von Bewohnern der Fußsteigkoppel gegen einen neuen Tunnel unter der Bahn trat die CDU den Rückzug an.

Erste Gespräche im Ortsparlament nach der Neuwahl (die CDU verlor einen Sitz) ließen die Bereitschaft zu einer Korrektur dieses Planes erkennen. Noch steht alles nur auf dem Papier.

Eine weiter Entscheidung der Mehrheitsfraktion ist nicht mehr korrigierbar:
Als die Gemeindevertretung im Juli 1985 einstimmig den Bau eines Werkstatt- und Verwaltungsgebäudes für die Versorgungsbetriebe beschloß, hatte sie dafür 2 gute Gründe. Der bisher auf 3 Stellen in der Gemeinde verteilte Betrieb soll künftig alle Mitarbeiter aus Verwaltung und Werkstatt unter besseren Arbeitsbedingungen unter einem Dach vereinen. Mit dem 1,6 Millionen-Projekt konnte gleichzeitig ein Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung in der Bauwirtschaft geleistet werden.

Die Arbeitsplatzsicherung war für die SPD-Fraktion dann auch der Grund, dem Projekt ohne Zeitverzögerung zuzustimmen, obwohl die Wirtschaftlichkeitsberechnung Mängel aufzeigte und die zu einer sachgerechten Beratung in der Fraktion notwendigen Bauzeichnungen nicht vorlagen. Die vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Lubinski ausgedrückte Hoffnung, vor den weiteren Beratungen rechtzeitig und umfassender informiert zu werden, hat sich leider nicht erfüllt.

Bei der Vergabe der Aufträge (in späteren Sitzungen) wurde das Gewerk Heizung herausgenommen. Zusätzlich zu der vom planenden Architekten ausgeschriebenen Gasheizung sollte auf Wunsch der Verwaltung (am 14.11.85) alternativ ein Angebot über eine Elektroheizung eingeholt werden. Das Angebot über eine elektrische Fußbodenheizung wurde zum Sitzungsbeginn am 23.10.**86** (also fast ein Jahr später) vorgelegt. Über die Vorlage konnte nicht beraten werden, da nur die Herstellungskosten der Elektroheizung und der Gasheizung gegenübergestellt waren, nicht aber die Betriebskosten dieser beiden Heizungssysteme. Aus einer unmittelbar zur entscheidenden Gemeindevertretersitzung vorgelegten Wirtschaftlichkeitsberechnung eines beratenden Ingenieurs ergab sich eindeutig, daß die elektrisch betriebene Fußbodenheizung das unwirtschaftlichste Heizungssystem ist.

Auszug aus dieser Wirtschaftlichkeitsberechnung:

Energieart	Oel	Gas	Elektro
Betriebskosten pro Jahr pro m²	8.24 DM	12.46 DM	14,26 DM
Gesamtkosten pro Jahr pro m²	13.82 DM	17.97 DM	19.01 DM

Die Ablehnung der Elektroheizung aus der Wirtschaftlichkeitsberechnung ist ein Grund. Viel gewichtiger ist für Sozialdemokraten und große Teile der Bevölkerung der zweite: Wer die Edelenergie Strom, auf die wir in vielen Bereichen unseres Lebens nicht verzichten können, zur Vollheizung von Gebäuden einsetzt, muß auch ja sagen zu deren Erzeugung durch Atomkraftwerke.
Das von der Verwaltung vorgebrachte Argument, ein Versorgungsbetrieb, der Strom verkauft, müsse auch selbst Verbraucher sein, rechtfertigt nicht das Verfahren, mit dem hier die gewählte Gemeindevertretung unter Entscheidungsdruck gesetzt wurde. Das hat auch die Bürgervorsteherin so gesehen und der Verwaltung zum Verfahren einen Tadel erteilt.

In der Sache hat dies nicht geändert. Mit 12 CDU-Stimmen gegen die 9 Stimmen der SPD erhält das Haus der Versorgungsbetriebe die teuerste Heizungsart, eine elektrische Fußbodenheizung.
Weiter so, Kronshagen?

Vorsicht, Glatteis!

Umweltbewußt zeigten sich - endlich - Gemeindevertretung und Gemeindeverwaltung bei der Behandlung des über ein Jahr alten Antrages der SPD-Fraktion, das Salzstreuen auf Geh- und Radwegen zu untersagen.

Nach der nunmehr beschlossenen Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen in der Gemeinde Kronshagen steht fest:

"Die Geh- und Radwege sind bei Glatteis mit abstumpfenden Stoffen (z. B. Sand, Granulat) zu bestreuen. Die Verwendung von Salz ist nicht gestattet. Salz darf nur noch gestreut werden, wenn es extreme Witterungsvserhältnisse erfordern. Die Gemeindevertretung war sich darüber einig, daß ein Extremfall z. B. bei Eisregen vorliegt.

Weiterhin gilt:

"Nach 20.00 Uhr entstehendes Glatteis ist bis 8.00 Uhr des folgenden Tages zu beseitigen. in der Zeit von 8.00 bis 20.00 Uhr entstehendes Glatteis ist so oft wie erforderlich unverzüglich zu beseitigen; dies gilt auch für Glätte, die durch festgetretenen Schnee entstanden ist."

Zwar ist diese Vorschrift wie auch über die Schneeräumung "bußgeldbewehrt". Wer also gegen die Vorschriften verstößt, muß mit einer Geldbuße rechnen.

Dennoch setzen wir nicht auf die Bußgeldandrohung, sondern auf die Einsicht aller Bürger. Wir rufen Sie auf, das Salzstreuverbot zu beachten und so auch zum Schutz der Umwelt beizutragen.

Mühlen mahlen langsam . . .

Berechtigte Hoffnung, ins Buch der Rekorde zu kommen, kann sich das Straßenbauamt Rendsburg machen. Nachdem der autobahnähnliche Neuausbau der Eckernförder Straße (B 76) 1974 dem Verkehr übergeben worden ist, sollen nun nach 13 Jahren endlich die gesetzlich vorgeschriebenen Lärmschutzmaßnahmen - sprich geräuschisolierende Fenster u.ä. - erfolgen. Dafür stehen 1,9 Mio DM zur Verfügung. Anspruch auf eine vollständige Kostenübernahme der anfallenden Baukosten haben die Hauseigentümer, in deren Wohnungen der Lärmpegel bestimmte, durch Gutachter festgestellte, Grenzwerte überschreiten. Einen sarkastischen Aspekt erhält diese Angelegenheit dadurch, daß die Hauseigentümer, die angesichts der gesundheitsschädichen Lärmbelastung für ihre Mieter bereits vor Jahren schon auf eigene Kosten Abhilfe geschaffen haben, nun vermutlich keine Kostenerstattung erhalten. Bei ihnen liegt der heutige Lärmpegel ja unter dem Grenzwert.

Dafür werden die anderen, die bis heute untätig geblieben sind, für ihr Aussitzen belohnt und erhalten eine 100 %-ige Kostenerstattung.
Auf der Bürgeranhörung am 4. Dezember konnte noch nicht geklärt werden, ob es wirklich zu einer derartigen Ungerechtigkeit in der Behandlung Kronshagener Bürger kommen wird. Viel Hoffnung auf eine der Sache gerechtwerdende Lösung gibt es aber nicht.

Wer? Wo? Was?

04.01.87 "Neujahrstrompeten" der Gemeinde. Es findet um 11.00 Uhr im Gemeindehaus statt. Alle Bürger sind eingeladen.

Als Vertreter der Verbände sind in den Kleingartenausschuß (Vorsitzende Frau Erika Weskamp (SPD)) Herr Akkerboom und Herr Kujat entsandt worden.

Wie in den vergangenen Jahren besuchen die Mitglieder des Sozialausschusses in der Adventszeit Kronshagener Bürger die in Alten- bzw. Pflegeheimen außerhalb des Ortes leben.

08.05.87 (Freitag) von **15.00 - 18.00 Uhr**
05.09.87 (Sonnabend) von **09.00 - 12.00 Uhr**
An vorstehenden Terminen können umweltgefährdende Abfälle (Farbreste, Arzneimittel, Batterien usw.) an der Feuerwache, Kopperpahler Allee abgegeben werden. Die Beseitigung auf Sondermülldeponien wird durch den Kreis veranlaßt.

Die SPD-Fraktion berichtet

Renaturierung - Lösung von Nutzungskonflikten in Kronshagen

Zwei Anträge zur Pflege der Landschaft, zum Schutze der Natur

Kennen Sie den Unterschied?
Der Unterschied liegt nicht etwa darin, daß der Antrag, **die Verwaltung möge der Gemeindevertretung Vorschläge zur Lösung von bestehenden Nutzungskonflikten vorlegen**, umfassender ist, daß dieser Antrag gewissermaßen den Renaturierungsantrag einbezieht. Nein, der Unterschied liegt einfach darin, daß der Antrag, Haushaltsmittel für die Renaturierung bereitzustellen von der Mehrheitsfraktion stammt, der weitergehende Antrag aber von der SPD-Fraktion eingebracht worden ist.

Nur so sind die unterschiedlichen Entscheidungen der Gemeindevertretung zu verstehen:

Der Renaturierungsantrag der CDU wurde - selbstverständlich auch mit den Stimmen der SPD - angenommen. Das Verlangen der SPD-Fraktion dagegen, Vorschläge zur Lösung bestehender Nutzungskonflikte vorzulegen, wurde in den Ausschuß für Umweltschutz und Landschaftspflege verwiesen. Dabei sollte die Ausführung des Antrages der SPD-Fraktion gerade diesen Ausschuß in die Lage versetzen, ohne weitere Verzögerung über die notwendigen Maßnahmen zu befinden, die der Natur den ihr gebührenden Rang einräumen.

Selbstverständlich, daß der CDU-Antrag nicht der vorherigen Beratung im Umweltausschuß bedurfte...

Nutzungskonflikte

Im Entwurf für einen Landschaftsplan für Kronshagen hat der beauftragte Gutachter verschieden Nutzungskonflikte, d.h. bestehende Eingriffe in Naturhaushalt und Landschaftsbild beschrieben, die zum Teil durch planerische Maßnahmen gemildert bzw. ausgeglichen werden können.
Kritikpunkte waren der technische Gewässerausbau, die Kanalisierung der Au mit ihrer toten Uferbefestigung.
Immissionen, die vom Straßenverkehr belastend ausgehen, hydrologische Probleme, die von der ehemaligen Müllkippe am Ottendorfer Weg ausgehen, Gewässerverunreinigungen und grünplanerische Mängel und weitere Nutzungskonflikte sind ebenfalls im Gutachten dargestellt.
Nach den Vorstellungen der Verwaltung sollte es - jedenfalls zunächst - bei der Beschreibung bleiben.
Die SPD-Fraktion hingegen hat die Feststellung der Mängel als Appell zum sofortigen Handeln begriffen und die Verwaltung aufgefordert, Lösungsvorschläge zu erarbeitern und die Kosten für die Verwirklichung der Vorschläge zu nennen.

Renaturierung

Darunter versteht man die Zurückverwandlung einer Landschaft oder eines Landschaftsteils in einen natürlichen oder naturnahen Zustand. Beispiele: Das Bett eines begradigten Bachs wird wieder in Schlingen (Mäandern) geführt wie vor der Begradigung. Eine Flußaue wird durch Beseitigung bzw. Verlegung eines Dammes wieder von Hochwasser überflutet, wie das vor dem Bau des Dammes der Fall war. Dolen (bedeckte oder verrohrte Gräben oder Bäche unter Straßen, Wegen oder Flächen) werden beseitigt.
(Aus: Naturschutz in der Gemeinde, 1985, Pro Natur Verlag, Stuttgart)

Und eben darauf beschränkte sich der Antrag der CDU-Fraktion: Haushaltsmittel für Maßnahmen bereitzustellen, die es der Au vom Staudamm im Domänental ab ermöglichen sollen, wieder zu mäandrieren.

Vorsitzender der fünf Weisen:

Konjunktur nicht wegen, sondern trotz Bonn

Das Zeremoniell ist jedes Jahr dasselbe: Die sogenannten „fünf Weisen" legen das Jahresgutachten zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor. Die „fünf Weisen" – renommierte Wirtschaftsexperten – sehen sich nach den Worten ihres Vorsitzenden Hans Karl Schneider als „ordnungspolitisches Gewissen".

Und was das bedeutet, machte Schneider in einem Seminar der politischen Akademie in Tutzing über Politikberatung durch den Sachverständigenrat auch gleich klar, als er sich herausgefordert sah, die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unter diesem Blickwinkel zu beurteilen. „Sein Urteil", schreibt die Süddeutsche Zeitung, „wird die Verantwortlichen in Bonn nicht gerade freuen. Wollte man Schneiders Bewertung der ordnungspolitischen Linie der Regierung in die übliche Notenskala umsetzen, so käme dabei kaum ein ‚Ausreichend' zustande."

1. Beispiel Neuverschuldung:
Hier ist die Rückführung der Verschuldung laut Schneider ausschließlich zu Lasten der Investitionen des Bundes gegangen. Und: „Aus dem Abbau der Defizite allein lassen sich positive Wirkungen auf die Finanzpolitik, auf das wirtschaftliche Wachstum nicht ableiten." Außerdem ist die Verringerung der Haushaltsfehlbeträge von Bund, Ländern und Gemeinden um circa 10 Milliarden Mark „größtenteils der besseren konjunkturellen Lage zuzuschreiben". Weiter urteilen die Sachverständigen: „In den Jahren, in denen sich die Gesamtlage der öffentlichen Haushalte gebessert hat, ist allerdings die Ausgabenstruktur in mancher Hinsicht schlechter geworden, und die Unterschiede zwischen den Einzelhaushalten der Länder und der Gemeinden haben sich verschärft."

2. Beispiel Strukturpolitik:
Hier hat sich, wie Schneider in Tutzing sagte, die Bundesregierung nicht gerade mit Ruhm bekleckert, desgleichen in der Wettbewerbspolitik, wo die Öffnung der Märkte nach wie vor zu wünschen übrigläßt.

3. Beispiel Subventionen:
Ganz verheerend fällt das Urteil aus, wenn es um das Thema Subventionen geht. Daß diese Regierung, die mit dem Anspruch des Abbaus von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen angetreten war, immer noch solche Gaben draufgepackt hat, gehöre zu den kapitalen Sündenfällen. „So kommt man beinahe zu dem Eindruck", formuliert die Süddeutsche Zeitung, „daß nach Meinung des Sachverständigenrates die Konjunktur nicht wegen, sondern trotz der in Bonn betriebenen Wirtschaftspolitik so gut läuft." ■

Notizen für Arbeitnehmer

Schon zum dritten Mal wird die Regierung Kohl/Bangemann jetzt bei Ihrem "Weihnachtsgeld" mitkassieren:

Wer zum Beispiel DM 3.500,-- im Monat verdient und auch soviel Weihnachtsgeld bekommt, dem fehlen allein in diesem Jahr DM 330,--.

Insgesamt hat ihm diese Bundesregierung dann schon rund 1.000,-- DM abgenommen.

Seit Weihnachten 1984 müssen nämlich bis zur Beitragsbemessungsgrenze auf das Weihnachtsgeld volle Beiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung bezahlt werden.

Und das bei den höchsten Sozialversicherungsbeiträgen, die es heute seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland gibt!

Kürzung des Weihnachtsgeldes durch die Regierung Kohl

Monatslohn/ Weihnachtsgeld	1986	Kürzung insgesamt 84, 85, 86
2.000,--	-,--	17,55
2.500,--	48,--	181,60
3.000,--	151,40	554,75
3.500,--	330,40	1084,75
4.000,--	398,40	1054,20
4.500,--	394,40	1252,70
5.000,--	510,40	1230,50
5.500,--	116,--	116,--
5.600,--u.mehr	—	—